

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Bosnien und Herzegowina 2017

Amnesty International zeigt sich sehr besorgt darüber, dass die bosnischen Behörden 22 Jahre nach Ende des bewaffneten Konflikts den Opfern von Gewalt (darunter Folter) immer noch keinen effektiven Zugang zu Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigung ermöglichen. Frühere Versuche, ein landesweites Gesetz bezüglich der Rechte von Folteropfern zu verabschieden, scheiterte an fehlender politischer Unterstützung. Amnesty fordert die Behörden in Bosnien und Herzegowina auf, ein Programm für die Opfer sexueller Gewalt während des Konflikts und ein Gesetz bezüglich der Rechte von Folteropfern auf den Weg zu bringen. Bürokratische Hindernisse müssen abgebaut und der Zugang zu Entschädigungen und Hilfe muss ermöglicht werden.

Amnesty begrüßt die Verurteilung von Ratko Mladic, dem früheren Oberbefehlshabers der bosnischen Serben. Er wurde unter anderem wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Der Fall zeigt, dass Kriegsverbrecher auch nach über 20 Jahren noch zur Verantwortung gezogen werden. Er erinnert aber auch an die vielen nicht aufgearbeiteten Fälle, in denen Opfern noch keine Gerechtigkeit widerfahren ist.

Quellen: Pressemitteilung(en) von Amnesty International